

PRESSEMITTEILUNG

BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT DER PATIENTINNENSTELLEN

Steigende Krankenkassenbeiträge als Signal begreifen!

Die Anhebung der Krankenkassenbeiträge zum Jahresbeginn 2003 ist nach Ansicht der Bundesarbeitsgemeinschaft der PatientInnenstellen (BAGP) ein weiterer Beleg für den Reformstau im Bereich des Gesundheitswesens, insbesondere im Bereich der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Die seit Jahren sinkende Lohnquote (75% in 1975, 65% in 2000) erodiert die finanzielle Basis der GKV in erheblichem Maße.

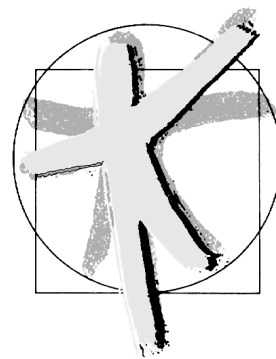
Die BAGP ist der Ansicht, dass Reformen der Finanzierungsgrundlage der GKV dringend angegangen werden müssen. Ein erster Schritt wäre die Einführung von Steuerfinanzierung im Gesundheitswesen. Es liegen dazu seit langem fundierte Vorschläge aus dem Bereich der Krankenkassen selbst vor, z.B. vom wissenschaftlichen Institut der AOK (WidO).

Versicherungsfremde Leistungen, v. a. in familienpolitischen Zusammenhängen wie Mutterschaftsgeld, Sterbegeld und künstliche Befruchtung, dürfen nicht nur durch die GKV-Beitragszahler erbracht werden, sondern müssen über steuerfinanzierte Bundeszuschüsse gesichert werden. Entsprechende Positionen von Gesundheitswissenschaftlern pro Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen sind seit langem bekannt.

Die Steuereinnahmen würden in den Topf des Risikostrukturausgleichs der Krankenkassen einfließen.

Die Steuerfinanzierung der Fremdleistungen im engeren Sinne würde die GKV um mindestens 2 Mrd. Euro pro Jahr entlasten. Mit dieser Maßnahme wären weitere Beitragserhöhungen nicht notwendig.

Für weiter Infos: Emmeram Raßhofer, Geschäftsstelle der BAGP



5. Dezember 2002

BUNDESARBEITS-
GEMEINSCHAFT DER
PATIENTINNENSTELLEN
-GESCHÄFTSSTELLE-

AUENSTR. 31
80469 MÜNCHEN

TELEFON 089 / 76755131
FAX 089 / 7250474

e-mail:
mail@patientenstellen.de

internet:
http://patientenstellen.de

INFO-TELEFON:
MONTAG-DONNERSTAG
13-14 UHR